

Datum: 14.07.2009

Ministerpräsident Günther H. Oettinger und Kultusminister Helmut Rau: Land bereitet Anschlussperspektiven für Abiturjahrgang 2012 vor

Kurzbeschreibung: Anzahl der Studienanfängerplätze wird um 16.000 erhöht - Mehr Plätze bei Freiwilligen Diensten geplant - Wirtschaft soll mehr Ausbildungsplätze anbieten / Orientierungs- und Beratungsangebote zur Studien- und Berufswahl werden ausgebaut

„Im Jahr 2012 kommen der letzte Jahrgang des neunjährigen und der erste Jahrgang des achtjährigen Gymnasiums gemeinsam auf den Studien- und Ausbildungsmarkt. Alle gesellschaftlichen Kräfte stehen in der Verantwortung, den jungen Menschen der Abschlussjahrgänge 2012 Anschlussperspektiven zu bieten. Wo wir selbst entscheiden können, wie beim Ausbau der Studienplätze, haben wir bereits gehandelt. Wo Partner das letzte Wort haben, beispielsweise bei den Freiwilligen Diensten oder den Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft, gibt es bereits erste Zusagen oder wir stehen in einem intensiven Austausch“, sagten Ministerpräsident Günther H. Oettinger und Kultusminister Helmut Rau am Dienstag (14. Juli) in Stuttgart.

Zuvor hatte der Ministerrat die Folgefragen des Abiturs 2012 beraten. Das Kultusministerium hat die Federführung in einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die sich mit den verschiedenen Anschlussmöglichkeiten für den Abiturjahrgang 2012 beschäftigt. Grundlage ist eine Prognose des Statistischen Landesamtes, wonach im Jahr 2012 mit insgesamt 71 100 Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife ein erheblich stärkerer, aber kein doppelter Jahrgang aus den allgemein bildenden und den beruflichen Schulen kommt. Im Vorjahr werden es 48 600 sein. Erfahrungsgemäß nehmen rund 75 Prozent eines Jahrgangs ein Studium auf, davon die Hälfte im Jahr des Schulabschlusses.

Programm Hochschule 2012

„Ein Schwerpunkt unserer Anstrengungen liegt auf dem Übergang des Abiturjahrgangs 2012 an die Hochschulen unseres Landes. Mit dem Programm 'Hochschule 2012' hat das Land die Hochschulen gut darauf vorbereitet, die zusätzlichen Studienanfänger aufzunehmen“, sagte Ministerpräsident Günther H. Oettinger. Mit dem Ausbauprogramm, das die schrittweise Schaffung von 16.000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen von 2007 bis zum Jahr 2012 vorsehe, sichere das Land somit die Chancen der jungen Generation zur Aufnahme eines qualitativ hochwertigen Studiums an einer der Landeshochschulen. Ende 2009 stünden bereits über 8 500 zusätzliche Studienanfängerplätze zur Verfügung und damit mehr als die Hälfte des beschlossenen Ausbauziels. Bis zum Jahr 2012 werde das Ausbauprogramm auf jährlich 150 Millionen Euro anwachsen.

Zusätzliche Plätze für Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr

Es sei auch davon auszugehen, dass der Abiturjahrgang 2012 zu einer noch stärkeren Nachfrage nach zusätzlichen Plätzen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) führe, sagte der Regierungschef. Die zuständigen Ministerien seien in Gesprächen mit den entsprechenden Trägern. Die Platzzahl für das FSJ könne voraussichtlich um 800 auf 6.500 Plätze angehoben werden. Dieser befristete Ausbau des FSJ würde zusätzliche Landeszuschüsse in Höhe von 400 000 Euro pro Jahr notwendig machen. Im FÖJ könnten die Plätze nahezu verdoppelt werden, so dass 2012 bis zu 260 Teilnehmerinnen und Teilnehmer berücksichtigt werden könnten. Durch die dafür notwendigen Zuschüsse entstünden dem Land Kosten in Höhe von rund 600 000 Euro.

Höhere Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen soll gedeckt werden

Das Ausbildungsverhalten der Betriebe im Jahr 2012 sei hingegen schwer zu prognostizieren, sagte Ministerpräsident Oettinger. Berechnungen des Wirtschaftsministeriums gingen davon aus, dass bei knapp 82.000 neuen Ausbildungsverträgen im Jahr 2008 ein Zuwachs von mindestens fünf Prozent, also knapp 5 000 Ausbildungsverträgen, erforderlich sei, um im Jahr 2012 der möglichen zusätzlichen Nachfrage zu entsprechen. „Unser Appell an die Wirtschaft lautet, auch mit Blick auf den künftigen Fachkräftebedarf zusätzliche Ausbildungsplätze anzubieten“, sagte der Ministerpräsident. Auch die Arbeitgeber hätten sich für die Einführung des achtjährigen Gymnasiums ausgesprochen. Daneben gelte es zu verhindern, dass die stärkere Nachfrage durch Abiturienten zu Lasten der schwächeren Jugendlichen ohne Abitur gehe. Das Land werde sich deshalb beim Bund für eine Verlängerung des Programms „Ausbildungsbonus“ über das bisher vorgesehene Ende zum 31. Dezember 2010 hinaus einsetzen.

Orientierungsmaßnahmen vorbereitet

„Dem zunehmenden Bedarf an Orientierungs- und Beratungsangeboten zur Studien- und Berufswahl wird durch eine Weiterentwicklung und Ausweitung des bestehenden Angebots Rechnung getragen“, betonte Kultusminister Rau. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie das Kultusministerium böten bereits ab dem Schuljahr 2009/2010 ein neues Orientierungsseminar für Schülerinnen und Schüler an, um die Studienfachwahl zu unterstützen. Mit dem neuen Angebot könne bis zum Schuljahr 2011/2012 eine deutliche Ausweitung der bestehenden Teilnehmerplätze erreicht werden. Auch die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter seien auf die Sondersituation 2012 vorbereitet. Innerhalb der Regionaldirektion Baden-Württemberg habe ein Expertengremium Vorgehensweisen für die Arbeit der Agenturen entwickelt, um die Jugendlichen entsprechend zu unterstützen. Über die Folgewirkungen des Abiturs 2012 und die von der Landesregierung ergriffenen Maßnahmen würden Schüler und Eltern im Rahmen einer Kommunikationskampagne informiert.